



SPD-Ratsfraktion Flensburg

Flensburg, den 05.02.09

Pressemitteilung 04 /09

Soziale Stadt Flensburg - Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen kommt

Die auf Initiative der SPD angestrebte Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen steht am kommenden Montag zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Nach einem entsprechenden Antrag war eine parteiübergreifende Arbeitsgruppe gebildet worden, die sich noch einmal gemeinsam mit Verwaltung und Fachleuten der Beratungsstellen mit der Zielsetzung dieses Anliegens auseinandersetzen und ein Finanzierungsmodell erarbeiten konnte.

Nach Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahr 2004 wurden die Kosten für Verhütungsmittel bei Personen mit geringem Einkommen nicht mehr erstattet. Das Gesetz sieht seither vor, dass ein monatlicher Regelsatz in Höhe von 12 Euro für Gesundheitsvorsorge ausgezahlt wird, wovon auch Verhütungsmittel bezahlt werden sollen.

Die Praxis zeigte jedoch, dass diese Änderung im Gesetz dazu führte, dass viele der betroffenen Männer und Frauen aus finanziellen Gründen auf Verhütungsmittel verzichteten, es zu einer vermehrten Anzahl von ungewollten Schwangerschaften und darüber hinaus zu einer weithöheren Anzahl von Beratungsgesprächen zu Schwangerschaftsabbrüchen kam als zuvor. Dies berichteten die entsprechenden Beratungsstellen.

Diese Tatsache konnten wir nicht auf sich beruhen lassen, sagt SPD-Ratsfrau Inge Krämer. Hier geht es um das Thema Leben und wie wir als Gesellschaft damit umgehen. Leben sollte nicht leichtfertig entstehen, nur weil sich jemand das Verhütungsmittel nicht leisten kann, so Inge Krämer weiter. Das war auch Intention des Antrages, den wir zu Beginn dieser Legislaturperiode gemeinsam mit Grünen und DIE LINKE gestellt hatten. Wir freuen uns, dass diese nicht ganz einfache Problematik auch von den anderen Parteien zustimmend aufgenommen wurde und wir in der Arbeitsgruppe einen gemeinsamen Weg zur Kostenübernahme erarbeiten konnten.

Der Beschlussvorlage zufolge sollen zukünftig die Kosten für ärztlich verordnete empfängnisverhütende Mittel für Frauen und für eine Sterilisation für Frauen und Männer übernommen werden, sofern deren Einkommen eine gewisse Grenze unterschreiten. Dies betrifft z.B. Personen ab dem 21. Lebensjahr mit Bezügen unterhaltssichernder Leistungen und Leistungen der Grundsicherung. Bei Personen unter 21 Jahren werden diese Kosten von den Krankenkassen übernommen.

Sollte der Sozial- und Gesundheitsausschuss der Vorlage am Montag zustimmen, wäre Flensburg die erste Stadt in Schleswig-Holstein, die eine solche Kostenübernahme gewährt. Wir wissen bereits, dass auch andere Städte nachziehen wollen, so Inge Krämer und freuen uns, dass wir das Profil Flensburgs als soziale Stadt damit schärfen können.